

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Montag, 14. Dezember 1970

Blatt 3896



Stadterneuerung und Verkehrskonzept

=====

4. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe VI (Planung)

Referent: Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ)

Einnahmen: 513.000 Schilling, Ausgaben: 43,545.800 Schilling

Wien, 14.12. (RK) Die Schwerpunkte im Referat von Planungsstadtrat Hofmann bildeten die Fragen der Stadterneuerung und das Verkehrskonzept. Das umfangreiche Verkehrskonzept für Wien wurde dabei den Gemeinderäten am Montag noch druckfeucht übergeben. Zusammen mit den wirtschaftspolitischen Leitlinien bilde es eine wichtige Grundlage für das Stadtentwicklungsprogramm. Die Vorlage des ebenfalls angekündigt gewesenen räumlichen Leitbildes sei nach langen Diskussionen aus sachlichen Gründen verschoben worden. Und zwar deswegen, weil die räumliche Gesamtentwicklung erst auf der Grundlage der Beschlüsse über das Stadtentwicklungsprogramm bearbeitet werden soll. Freilich werde der frühere Leiter der Stadtplanung, Architekt Conditt, in nächster Zeit einen "Planungsbericht Wien" über die Jahre 1963 bis 1969 vorlegen. Hofmann hob hervor, daß die Ausgaben für seine Geschäftsgruppe für 1971 gegenüber 1970 um 71 Prozent **höher** sein würden.

Ausführlich ging der Planungsstadtrat dann auf die Grundlinien der Stadtentwicklung ein: Auf Grund der vorhandenen Unterlagen könne angenommen werden, daß sich Wiens Gesamtbevölkerung zwischen 1961 und 1969 nur wenig verändert habe, aber dafür der

./.

Anteil der Ausländer zugenommen habe. Die Zuwanderung aus dem Burgenland, Niederösterreich und der Steiermark gehe im gleichen Ausmaß wie bisher weiter. Ebenso halte der Trend an, sich im Umland der Großstadt anzusiedeln. Insgesamt sei die Verflechtung Wiens mit seinem Umland enger geworden.

Innerhalb der Stadtgrenzen halte die Randwanderung weiter stark an und diesem Prozeß entspreche die Planung mit den beiden großen Entwicklungsachsen Meidling-Siebenhirten und Kagran-West. Wien sei dabei in städtebaulicher Hinsicht bemüht, neue Maßstäbe zu setzen.

Freilich habe diese Randwanderung gleichsam eine Entvölkerung der inneren Bezirke zur Folge: So habe Margareten zwischen 1951 und 1967 nicht weniger als 4.800 Einwohner verloren. Wenn dieser Trend bis 1980 anhalte, würde die Einwohnerzahl dieses Bezirkes um weitere 19.250 abnehmen.

Diese Wanderungsbewegung habe bekanntlich eine starke Überalterung der verbleibenden Bevölkerung in den inneren Bezirken zur Folge. Die Entwicklung könne daher nur durch umfassende Maßnahmen zur Erneuerung dieser Gebiete in gesunde Bahnen gelenkt werden. Der Umbau alter Stadtteile müsse möglichst rasch in Angriff genommen werden.

Allerdings fehle dafür das rechtliche Instrumentarium, wie zum Beispiel ein Städtebauförderungsgesetz oder die Übertragung gewisser Assanierungskompetenzen auf die Bundesländer. Eine solche Stadterneuerung könne zudem nur dann sinnvoll vorgenommen werden, wenn gleichzeitig eine Neuordnung des Grundbesitzes und der Eigentumsrechte erfolge.

Zur Realisierung erfolgversprechender Erneuerungsmaßnahmen bedürfe man jedoch unbedingt neuer Trägerorganisationen, wie es sie in den meisten westlichen Großstädten gäbe. Sie würden zwar von der Stadtverwaltung unterstützt und überwacht, operierten jedoch auf Grund eigener Initiativen. Auch Wien werde entsprechende Überlegungen anstellen müssen.

Die Stadt werde zudem achten müssen, daß nicht zufolge engerherzigen Gewinnstrebens ähnliche Fehlentwicklungen wie in der Gründerzeit ermöglicht würden. Die Interessen des einzelnen gegenüber der Gesellschaft müßten im größtmöglichen Maß gesichert, aber gleichzeitig die notwendigen Erfordernisse der Gemeinschaft gegenüber überspitzten Gruppen - oder Einzelinteressen - respektiert werden.

Wie schon bei der Präsentation der wirtschaftspolitischen Leitlinien, hob Hofmann auch vor dem Gemeinderat hervor, daß Wien alle Anstrengungen unternehmen müsse, um den Engpaß bei den Arbeitskräften wettzumachen. Eine positive Entwicklung werde dabei durch eine noch engere Verflechtung zwischen Wien und seinem Umland durch entsprechende Verkehrsmaßnahmen zu erwarten sein. Wien werde daher neuerlich für das Zustandekommen eines Verkehrsverbundes initiativ werden.

Ganz besonders werde man sich zudem mit der Entwicklung der Wiener Innenstadt beschäftigen müssen. Es habe sich gezeigt, daß der Parkplatzbedarf durch ein System von Tiefgaragen um die Innenstadt gedeckt werden könne. Der Durchgangsverkehr durch die City müsse unterbunden werden und natürlich werde die U-Bahn für die Innere Stadt eine bedeutsame Rolle spielen. Auch der Planung von Fußgeherzonen werde man besonderes Augenmerk zuwenden müssen.

Zum Projekt der Fußgeherzone für die Favoritenstraße erklärte Stadtrat Hofmann, man sei bei freimütigen Diskussionen mit der Bezirksvertretung und nicht zuletzt mit Vertretern der Wirtschaft bei der Planung ein gutes Stück weitergekommen. Die Zentrumsplanung für Kagran und die Per Albin Hansson Siedlung-Ost stehe knapp vor dem Abschluß. Zudem seien die ÖBB dem bereits seinerzeit von Prof. Rainer gemachten Vorschlag, das Nordbahngelände für die Schaffung einer Nebencity heranzuziehen, näher getreten.

Eingehend informierte Hofmann den Gemeinderat auch über die weiteren Planungsziele für die U-Bahn: die budgetorientierten Terminplanungen hätten ergeben, daß für die nächste Ausbaustufe die Verlängerung von U 1 nach Kagran, der Bau von U 3 zwischen Erdberg und Westbahnhof sowie die Umstellung der Gürtelstadtbahn als U 6 und Weiterführung über Meidling in die Entwicklungsachse Siebenhirten der Vorrang gebühre. Die Entscheidungen sollten im kommenden Jahr getroffen werden. Als

eine der bedeutendsten Aufgaben bezeichnete Hofmann die Erweiterung des S-Bahnnetzes. Die ÖBB seien bereit, die Preßburger Bahn und die Verbindungsbahn für die S-Bahn zu nützen.

Die Novellierung des Bundesstraßengesetzes und die Neubewertung des Bundesstraßennetzes wurde von Hofmann ebenfalls eingehend erörtert: Zu den bedeutendsten Vorhaben des Wiener Straßennetzes erster Ordnung zählten die Verbindung zwischen Südautobahn und Prater Hochstraße, der Bau der Ostautobahn zum Flughafen Schwechat und der Gürtelautobahn in den am stärksten belasteten Abschnitten sowie die Schaffung der Donauufer-Autobahn samt einer 5. Donaubrücke mit Anschluß an die Gürtelautobahn.

Auch auf die Fragen des Umweltschutzes kam der Planungsrat zu sprechen und kündigte ein neues, umfassendes Grünflächenkonzept für Wien an.

Abschließend warnte Hofmann vor der Illusion, man könnte selbst bei Vorhandensein der rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen in zwei Jahren vor Ende der siebziger Jahre mit der Stadterneuerung in großzügiger Weise beginnen. Daher werde man in den nächsten Jahren mit der Stadterweiterung fortfahren müssen. Es müsse jedoch alles getan werden, um in den alten Stadtteilen das Entstehen grauer Zonen oder Ghettos für alte Menschen zu verhindern, wolle man das Entstehen von Slums vermeiden. Stadtrat Hofmann appellierte in diesem Zusammenhang an die bürgerlichen Parteien, sich vor überholten Vorstellungen und althergebrachten Gewohnheiten zu lösen. Denn die Stadterneuerung verlange zwingend nach Möglichkeiten, um von überlebten Eigentumsformen an Grund und Boden ebenso wie von den alten Parzellierungen abzugehen.

Künftig werde die Wiener Stadtplanung dem Gemeinderat für die Entwicklung von Teilgebieten Stadtentwicklungspläne vorlegen, die in einem Generalplan gleichsam eingebettet sein sollen. Dieser Generalplan wiederum müsse alle fünf bis zehn Jahre modifiziert werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

"Projektorientiertes Management" im Hochbau
=====

4. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe VII, Hochbau

Referent: Stadtrat Hubert Pfösch (SPÖ)

Einnahmen: 513,822.000 Schilling, Ausgaben: 1.585,109.300
Schilling.

Wien, 14.12. (RK) Als "wichtige Steinchen im Mosaik des Ausbaues unserer Stadt" bezeichnete Stadtrat Hubert Pfösch in seinem Referat die Leistungen des Jahres 1970 auf dem Hochbausektor. Für das kommende Jahr seien ebenfalls alle wichtigen Vorhaben dieses Bereiches finanziell entsprechend bedeckt.

Der Stadtrat forderte im Zusammenhang mit Baumaßnahmen ein "projektorientiertes Management": Es wird nicht nur durch neue Organisationsformen, durch Netzplantechnik und Datenverarbeitung sowie durch neue Planungsmethoden notwendig, sondern vor allem durch die zunehmende Verflechtung rechtlicher, administrativer und technischer Probleme. Die Zeit des Nebeneinander und Hintereinander verschiedener Abteilungen sei endgültig vorüber.

Zum Jahresende 1970 stehen in Wien 9.400 Wohnungen im Bau. Für weitere 5.000 Wohnungen bietet der Voranschlag die finanzielle Bedeckung. Sorgen gibt es - wie schon in den letzten Jahren - mit der Baugrundbeschaffung. Im Augenblick liegt der Schwerpunkt des Wohnbaus in den Bezirken 10, 11, 21 und 22. Das entspricht zwar durchaus den Intentionen der Stadtverwaltung, ist aber auch durch die Not an baureifen Flächen im innerstädtischen Bereich bedingt - "eine Situation, mit der wir uns nicht einfach abfinden dürfen". Auch in den dichtverbauten, teils überalterten Wohnvierteln mancher Bezirke sei Vorsorge für den Neubau von Wohnstätten zu treffen, erklärte Pfösch.

Im Zusammenhang mit neuen Wegen im Wohnungsbau - etwa Saalwohnungen oder Wohnungen für Körperbehinderte - erklärte Pfoch, zur Erzielung optimaler Lösungen sei geplant, in Zukunft für städtische Bauvorhaben mehrere Architekten heranzuziehen. Diese sollten an Hand eines gegebenen Raumprogrammes Studien über funktionelle und gestalterische Lösungen erarbeiten. Erst dann - auf Grund einer vergleichenden Beurteilung - solle der Planungsauftrag vergeben werden. Damit werde einem größeren Kreis von Architekten die "Chance zur Mitarbeit an der Lösung von Bauaufgaben in Wien" geboten.

Als Beispiel für die vielfältigen Rationalisierungsmaßnahmen im Hochbau nannte Pfoch eine im Auftrag der Stadtbauamtsdirektion durchgeführte Untersuchung zum Bau von Schulen und Kindertagesheimen: Alle in den letzten Jahren errichteten Objekte wurden nach Kosten und Funktionswert durchleuchtet, viele Kenn- und Vergleichswerte ermittelt. Daraus wurde ein Prototyp entwickelt und eine Ausschreibung für zehn Kindertagesheime durchgeführt, die erhebliche Einsparungen brachte.

Ähnlich verhält es sich beim Schulbau: Auch hier wurde ein neuer Objekttyp entwickelt, der nach Rückgang des Schulraumbedarfs die Verwendung solcher Gebäude als Wohnhäuser möglich macht.

Stadtrat Pfoch zog auch Bilanz über Vorbereitungs- und Bauarbeiten an einer Reihe von Projekten, wie Allgemeines Krankenhaus, Rudolfstiftung, Großmarkt Inzersdorf, St. Marx und Bauten der Volksbildung.

Auf dem Gebiet der Fernwärme liegt der Schwerpunkt 1971 im Ausbau der Fernwärmewerke Spittelau und Kagran sowie der Anlagen im AKH, in der Rudolfstiftung, im Wilhelminenspital, in St. Marx, im Großmarkt, den Bädern und der Hauptkläranlage. Von den Wohnungen sind gegenwärtig rund 24.000 mit Fernwärme versorgt. Im übrigen ist die Nachfrage privater und öffentlicher Stellen nach Versorgung mit Fernwärme groß.

Schließlich durchleuchtete der Referent noch den Komplex "Städtische Bäder". Sie hatten im auslaufenden Jahr 5,1 Millionen Besucher zu verzeichnen. Auch die Realisierung des Bäderkonzepts

macht gute Fortschritte. Dianabad, Schafbergbad und Ottakringer Bad stehen mitten im Bau oder Ausbau, ebenso das Kinderfreibad in der Quadenstraße in Donaustadt.

Überhaupt sind die Verschiebungswerte im Bäderbesuch sehr aufschlußreich: Im Vergleich zum Jahr 1969 weisen die Kinderfreibäder heuer starke Zuwachsraten auf (plus 7,7 Prozent), gleich dahinter rangieren die Dampfbäder (plus 7,4 Prozent), an dritter Stelle stehen die Schwimmhallen (plus 6,2 Prozent). Das Theresienbad bewegt sich wie im Vorjahr bei etwa 600.000 Besuchern, ihm nähert sich die transdanubische Attraktion, das Floridsdorfer Hallenbad, das ebenfalls bereits die 600.000er Marke erreicht hat. Damit stehen diese beiden Bäder dem größten Wiener Bad, dem Amalienbad im 10. Bezirk, kaum mehr nach. (1969: 623.000 Besucher).

Zur Gesamtzahl des Bäderbesuchs 1970 meinte Pfoch, der geringfügige Abfall gegenüber 1969 (minus 97.000 Besucher) sei unter Berücksichtigung des Umstandes zu sehen, daß das Sommerwetter 1970 nicht gerade ideal war. Tatsächlich entfallen ja zwei Drittel des Rückganges auf die Sommerbäder.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

"Bekanntnis zu Renner - Bekanntnis zu Österreich"Bürgermeister Marek vor dem Wiener Gemeinderat

Wien, 11.12. (RK) Heute Montag, am Tage des 100. Geburtstages von Dr. Karl Renner, hielt Bürgermeister Bruno Marek zu Beginn der Sitzung des Wiener Gemeinderates eine Würdigungssrede. Vorher hatte der Wiener Bürgermeister am Renner-Denkmal beim Parlament einen Kranz der Bundeshauptstadt niedergelegt.

In seiner Rede vor dem Wiener Gemeinderat führte Bürgermeister Bruno Marek aus:

"Am heutigen Tag wird überall in unserem Land, wo sich Männer und Frauen versammeln, die im Kleinen oder im Großen Mitverantwortung tragen für das Schicksal dieses Landes, des hundertsten Geburtstages des verewigten Bundespräsidenten Dr. Karl Renner gedacht. Alle Gedenkreden vereinigen sich vorbehaltlos und selbstverständlich zu einer einzigen Stimme - der Stimme Österreichs, das dem weitblickenden und weisen Staatsmann Dr. Karl Renner Dank sagt, Dank für sein unermüdliches Wirken zum Wohle seines Vaterlandes bisin sein hohes Alter hinein.

Eine seltene und glückliche Fügung ließ seine Person in der oft gefährlichen, wechsellvollen Geschichte Österreichs in diesem Jahrhundert zu einem lebendigen Symbol des Bleibenden, des geistigen und politischen Fortbestandes der Nation werden. Zweimal, in untergangsbedrohten Schicksalsstunden, klammerten sich alle Hoffnungen eines verzweifelten Volkes an Karl Renner, zweimal führte er Österreich aus den Tiefen heraus, in die es durch historische Verstrickungen geraten war.

Als die Monarchie zerfiel, war Karl Renner zur Stelle und legte die Fundamente zu einem neuen Staat. Aus einem Zusammenbruch, den nicht er und seine Freunde verschuldet hatten, verwirklichte er das Konzept der Republik Österreich. Als zweieinhalb Jahrzehnte später, in den turbulenten Tagen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sein Name wiedergenannt wurde, war dies für die Bevölkerung dieses Landes ein Aufruf, ein Versprechen, daß Österreich nicht verloren war, daß es wieder aufwärts gehen werde. Karl Renner rettete sein Vaterland zum zweiten Mal. Unter seiner Hut bildete sich die Zweite Republik Österreich. Dr. Karl

Renner wachte darüber, daß das vierfach besetzte Land nicht zerriß, sondern als politische Einheit innerhalb seiner alten Grenzen wiederauferstand. Er schuf die Voraussetzungen zum österreichischen Staatsvertrag, dessen Zustandekommen er nicht mehr erleben konnte.

Wenn die Bundeshauptstadt heute vor dem Denkmal Karl Renners an der Ringstraße einen Kranz niederlegen ließ, geschah dies zum Zeichen unserer besonderen Verbundenheit mit dem Leben und Wirken des großen Staatsmannes. Im Roten Salon unseres Rathauses schlug die Geburtsstunde der Zweiten Republik. Hier versammelten sich zum ersten Mal die Mitglieder der provisorischen Regierung unter dem designierten Staatskanzler Karl Renner. Und sein Name lebt in der Geschichte unserer Stadt für alle Zeiten in der Dr. Karl Renner-Stiftung fort, deren Preise alljährlich für Verdienste um die Republik Österreich verliehen werden.

Wir können das Andenken Dr. Karl Renners nicht besser ehren, als durch ein vorbehaltloses Bekenntnis zu diesem Staat, zur österreichischen Nation und zur offenen und ehrlichen Zusammenarbeit aller, denen die Zukunft dieses Landes, dieser Stadt am Herzen liegt! Gestatten Sie mir daher, daß ich meine Worte des Gedenkens in diesem gemeinsamen Gelöbnis ausklingen lasse."

neuer band der "geschichte der stadt wien"

5 wien, 14.12. (rk) soeben ist der vom verein fuer geschichte der stadt wien im eigenverlag edierte neueste band der "neue reihe" der "geschichte der stadt wien" erschienen. das umfangreiche werk (279 seiten mit 317 abbildungen) - "plastik in wien" lautet sein titel - bringt zum ersten mal eine geschlossene uebersicht ueber die entwicklung der plastik im wiener raum von der ersten haelfte des 14. jahrhunderts bis zur letzten jahrhundertwende, also von der gotik bis zur sezession.

die autoren des bandes sind karl g i n h a r t , der sich mit der gotischen bildnerei in wien befasst, gertraut s c h i k o - l a , die die wiener plastik der renaissance und des barocks behandelt, und margarethe p o c h - k a l o u s , von der die darstellung ueber die wiener plastik des 19. jahrhunderts stammt. der preis des werks: 480 schilling (fuer mitglieder des vereins: 312 schilling). zu beziehen ist das werk bei der schriftfuehrung des vereins im wiener landesarchiv im rathaus.

damit liegen nunmehr bereits drei baende der "neuen reihe" vor. frueher erschienen sind "die geschichtliche entwicklung wiens 1740 bis 1918" von heinrich sröik und reinhold lorenz sowie die "geschichte der malerei und des kunsthandwerks in wien" von walther buchowiecki und margarethe poch-kalous.

0949

palais lobkowitz:

noch karten fuer beethoven-konzert

7 wien, 14.12. (rk) noch sind einige karten fuer das beethoven-konzert mit lesung am donnerstag erhaeltlich. im palais lobkowitz singt die sopranistin ellen k l e i n , ewald b a l s e r liest aus schriften von und ueber beethoven. blaeser der wiener symphoniker wirken mit, ebenso der pianist heinz m e d j i m o r e c .

das konzert findet donnerstag, den 17. dezember, um 19.30 uhr, im palais lobkowitz statt. karten sind beim oesterreichischen verkehrsbuero sowie in dessen filialen und natuerlich in allen kartenbueros erhaeltlich.

1029

im finanzausschuss genehmigt:

foerderungsaktion fuer hotelbauten

3 wien, 14.12. (rk) der finanzausschuss des gemeinderates genehmigte heute montag auf antrag von vizebuergermeister felix s l a v i k eine aktion, mit der die errichtung von 3000 hotelbetten in wien gefoerdert werden soll. die neue aktion fuer hotelbauten soll am freitag dem gemeinderat zur beschlussfassung vorgelegt werden.

fuer hotelbauten wird ein zuschuss von 2,5 prozent zinsen auf das aushaftende kapital waehrend der ersten vier jahre ab inanspruchnahme des kredites gewahrt. das bedeutet eine wesentliche senkung der zinsenbelastung. mit der aktion sollen ausschliesslich hotels gefoerdert werden, die dem internationalen reisestandard entsprechen. deshalb wird vorgeschrieben, dass jedes zimmer mit bad und wc ausgestattet werden muss.

berechnungen haben ergeben, dass mit dieser aktion ein investitionsvolumen von annaehernd einer milliarde schilling in bewegung gesetzt werden duerfte. die aktion stellt also nicht nur eine wirksame foerderung des fremden verkehrs, sondern auch einen grossen impuls fuer die gesamte wirtschaft dar.

0920

kleine galerie:

vokalmusik- und streichtrio-abend

4 wien, 14.12. (rk) im rahmen ihrer begonnenen konzertreihe wird die gesellschaft der kunstfreunde in der kleinen galerie, 8, neudeggasse 8, dienstag, den 15. dezember, um 19.30 uhr, einen vokalmusik- und streichtrioabend veranstalten. die ausfuehrenden sind das madrigalensemble des internationalen studentenheimes der stadt wien und das trio mattitsch. zur auffuehrung gelangen unter anderem das 'heitere herbarium' von heinrich waggerl, zwei deutsche und zwei franzoesische madrigale, kaertner und tiroler volkslieder sowie die trionsonate j.s. bach in g-dur.

0926

grosser erfolg der industrieansiedlungs-kreditaktion

8 wien, 14.11. (rk) wie bei einer pressekonferenz der zentralspar-
kasse der gemeinde wien bekannt wurde, ist die vom wiener gemeinderat
im vorjahr beschlossene industrieansiedlungs-kreditaktion ein voller
erfolg geworden. der gemeinderat hatte fuer diese kreditaktion im
februar 1969 einen rahmen von 250 millionen schilling bewilligt. die
stadt wien steuert zinsenzuschuesse bei. bisher liegen bereits an-
traege in der hoehe von 335 millionen schilling vor. es besteht daher
die absicht, den kreditrahmen um weitere 200 millionen aufzustocken.

im rahmen der industrieansiedlungs-kreditaktion wurden bereits
34 projekte durchgefuehrt. es handelt sich vor allem um betriebe der
elektro- und maschinenbranche, ferner stahlverarbeitende betriebe,
textilfirmen und kunststofferzeugungen. in diesen betrieben sind
insgesamt 10.000 arbeitskraefte beschaeftigt.

1040

adoptiertes puppenglueck

9 wien, 14.12. (rk) so wie bereits in den vorjahren wird es
auch heuer wieder vor weihnachten die nun schon traditionell
gewordenen puppenadoptionsfeiern geben. morgen dienstag,
den 15. dezember, wird wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i
im staeddtischen kindertagesheim, 3, marxergasse 12, um 15 uhr,
kleinen maedchen puppen ueberreichen und ihnen damit gelegen-
heit geben, zu beweisen, dass sie gute puppenmuetter sind.

am donnerstag, den 17. dezember, um 15 uhr, werden es pflege-
kinder der stadt wien sein, denen im rahmen einer kleinen feier
im wappensaal des wiener rathauses puppen zur adoption uebergeben
werden. sinn und zweck dieser von wohlfahrtsstadtraetin maria
jacobi ins leben gerufenen aktion ist es, die kleinen maedchen
auf ihre kuenftigen muetteraufgaben vorzubereiten und sie beweisen
zu lassen, dass sie bereits etwas vom hegen und pflegen verstehen.

1045

vortrag ueber satelliten-projekt ''wiener flur''

13 wien, 14.12. (rk) in wien-liesing plant die stadtverwaltung eine ihrer interessantesten satellitenstaedte mit 5000 wohnungen fuer 15.000 menschen.

dieses grossbauvorhaben heisst ''wiener flur'' und wurde von architekt rupert f a l k n e r geplant. bemerkenswert daran ist die dreigeschossige verkehrsadern mit autostrasse, u-bahntrasse und fussgaenerbereich als mittelachse der neuen wohnsiedlung.

architekt falkner spricht am dienstag, 15. dezember, im bauzentrum in einem diavortrag ueber das projekt ''wiener flur - entwicklung einer staedtbaulichen idee''.

bitte merken sie vor:

zeit: dienstag, 15. dezember, 18.30 uhr.

ort: bauzentrum (palais liechtenstein), 9, fuerstengasse 1, vortragssaal, 2. stock.

1120

voest-jugendfunktionaere im rathaus

11 wien, 14.12. (rk) eine delegation von jugendvertrauensraeten und gewerkschaftsjugendfunktionaeren der voest in linz weilt derzeit in wien, um einrichtungen der stadt kennenzulernen und auch eine parlamentssitzung zu besuchen. montag begruesste stadtrat kurt h e l l e r die jugendfunktionaere namens der stadtverwaltung bei einem mittagessen im rathauskeller.

1114

marktamt kontrolliert fischmarkt staendig
keine gefahr fuer bevoelkerung

15 wien, 14.12. (rk) das wasser des donaukanals im bereich des wiener fischmarktes wird seit jahren regelmaessig in kurzen abstaenden untersucht. bisher war die verschmutzung des wassers nicht so stark, dass eine sperre des fischmarktes gerechtfertigt gewesen waere. das ergebnis der letzten entnommenen probe steht noch aus, wird aber in den naechsten tagen erwartet. dies teilte der leiter des marktamtes, direktor dr. b e y e r, der ''rathaus-korrespondenz'' in einem gespraech mit.

bei der wasserrechtsbehoerde ist ein ansuchen des marktamtes anhaengig, die moeglichkeiten einer errichtung des fischmarktes an einem anderen ort zu pruefen. dieses verfahren ist noch nicht abgeschlossen. fuer die gesundheit der wiener bevoelkerung bestehe keine gefahr, meinte dr. beyer. das marktamt, das die situation auf dem fischmarkt seit jahren genau beobachtet, wuerde unverzueglich eine schliessung des marktes durchfuehren, wenn die an dieser stelle gekalterten fische tatsaechlich gesundheitsgefahrdend waeren.
1209

grusstelegramm an die ''fuenfundvierziger''

12 wien, 14.12. (rk) landtagspraesident dr. wilhelm s t e m m e r hat an jene mitglieder des wiener landtages, die am 13. dezember 1945 an der ersten sitzung nach dem zweiten weltkrieg teilgenommen haben, namens des wiener landtages ein dank- und grusstelegramm gerichtet. zu den ''fuenfundvierzigern'' gehoeren, ausser landtagspraesident dr. s t e m m e r selbst, buergermeister bruno m a r e k, vizebuergermeister felix s l a v i k, stadtraetin maria j a c o b i, stadtrat dr. pius p r u t s c h e r und dritter landtagspraesident karl m u e h l h a u s e r.
1115

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Planungsdebatte

=====

Wien, 14.12. (RK) Als erster Debattenredner forderte GR. Joachim Müller (DFP) die Erstellung eines Generalplanes für die städtebauliche Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten. Um die Zahl der Aufgrabungen zu vermindern, sei eine bessere Koordination der notwendigen Arbeiten anzustreben.

Bei den Tiefgaragen sollten einheitliche Tarifsätze eingeführt werden. Die Forderung von mehr Parkplätzen beim Bau neuer Wohnungen sei zwar zu begrüßen, aber wichtiger als die Schaffung von Abstellplätzen sei die Anlage von Kinderspielplätzen. In diesem Zusammenhang stellte GR. Müller den Antrag, ein Gesetz über die Anlage von Kinderspielplätzen zu schaffen.

Beim Bau von Satellitenstädten soll auf die Schaffung eines funktionierenden öffentlichen Verkehrssystems geachtet werden, da nicht alle Bewohner Autobesitzer sind. An schlechten Verkehrsverhältnissen sei der Plan eines Industriebetriebes gescheitert, der seine Erzeugungsstätte an den Stadtrand verlagern wollte: die Arbeiter lehnten ab, ihrem Betrieb in diese Gegend zu folgen.

Anschließend kam der Debattenredner auf die Schmelz zu sprechen und brachte eine Anfrage ein, ob Stadtrat Ing. Hofmann bereit sei, dafür Pläne vorzulegen, daß der derzeit noch un-erbaute Teil der Schmelz in ein großräumiges Erholungsgebiet umgewandelt wird.

Im Donaupark so wie im künftigen Erholungsgebiet der WIG 74 sollten Radwege angelegt werden.

Planung sei nur dann mit Blickrichtung auf das Jahr 2.000 möglich, wenn sie entsprechend großzügig ist. Daher sollte sie sich nicht allein auf das Wiener Stadtgebiet beschränken, sondern im Rahmen einer Planungsgemeinschaft erfolgen, die Wien, Niederösterreich und das nördliche Burgenland umfassen könnte.

Abschließend warf GR. Müller die Frage auf, ob es zweckmäßig sei, daß in Wien mehrere Großprojekte gleichzeitig ausgeführt werden. Durch den U-Bahn-Bau, den Bau der Großkläranlage, des verbesserten Hochwasserschutzes und den Aufgaben in Hinblick

auf die WIG 74 seien Wien und die Wiener nicht nur finanziell überfordert, auch die Belästigungen sind nahezu unterträglich. Eine Schwerpunktbildung oder Reihung der verschiedenen Projekte wäre günstiger gewesen.

Die DFP wird den Ansätzen des Planungsbudget nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) begrüßt die Tatsache, daß der Planungsarbeit in unserer Verwaltung bedeutend mehr Augenmerk zugewendet werde. Leider sind jedoch nicht alle für 1970 versprochenen Planungskonzepte vorgelegt worden. So sei vor allem die Verzögerung bei der Vorlage von Planungskonzepten für das räumliche Leitbild für Wien beträchtlich. Zur Diskussion stehen heute daher nur die wirtschaftspolitischen Leitlinien und das Verkehrskonzept.

Die Ansätze für Ideenwettbewerbe und für Ziviltchnikerhonorare seien bedeutend gestiegen, leider höre man aber im Gemeinderat kaum etwas von der Vergabe und von Untersuchungsergebnissen.

Der Redner urgiert zielführende Gespräche über die Fragen der Sicherung des Erholungsraumes, der Stadtentwicklung, des Umweltschutzes und des Regionalverkehrs mit den zuständigen niederösterreichischen Stellen. Als ein brauchbares Modell für die Region Wien bezeichnet er den Planungsverband "äußerer Wirtschaftsraum München", dessen Bestehen sich seit 20 Jahren bestens bewährt habe. Dieser Verband konnte vorbildliche gemeinsame Konzepte für Stadtentwicklung und Verkehr erarbeiten. Als einen "Schildbürgerstreich" bezeichnet der Redner die Forderung des niederösterreichischen Landeshauptmannes, auf Schaffung einer eigenen niederösterreichischen Landeshauptstadt. Ein derartiges Projekt würde Milliardenbeträge erfordern, die weitaus besser für eine echte Strukturverbesserung in Niederösterreich verwendet werden könnten.

Zum Verkehrskonzept: Wesentlich sei, daß in diesem Konzept nicht nur der Regionalverkehr, sondern auch der Fernverkehr ausführlich behandelt wird; geht es doch darum, daß geeignete Maßnahmen getroffen werden, die Randlage Wiens und eine drohende Isolierung zu verhindern.

Die Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik seien von großem Wert für weitere Überlegungen und Planungen. Der Fremdenverkehr wäre für Wien von eminenter Bedeutung. Eine gezielte Förderungsmaßnahme auf dem Hotelsektor wäre wünschenswert. Zu klären wäre, warum sich viele Betriebe außerhalb unserer Stadtgrenzen ansiedeln, obwohl eine Reihe von Grundstücken für Industrieansiedlungen zur Verfügung gestellt wurden.

Abschließend erklärt der Redner, seine Fraktion stimme den Ansätzen zu, da die Planung endlich den ihr zukommenden Platz in der Kommunalpolitik erhalten hat.

GR.Neusser (ÖVP) begrüßte die Steigerung der Ansätze für die Gruppe Planung: Es gebe zwar noch immer Wirrwarr und Fehlplanungen, doch sei zu hoffen, daß diese Übergangsschwierigkeiten bald überwunden würden.

Neusser richtete drei Fragen an Stadtrat Hofmann: Die erste betraf das soeben vorgelegte Verkehrskonzept. Soll es im Gemeinderat öffentlich diskutiert werden, und wenn ja, wann?

Zweite Frage: Was ist mit dem Karlsplatz? Gibt es schon ein Wettbewerbs-Ergebnis, wird vielleicht der Baufortgang durch fehlende Planung gestört werden, oder muß man gar gewärtigen, daß der Karlsplatz nach kurzer Zeit wieder ungebaut werden muß?

Die dritte Frage bedarf die Stellungnahme der Bezirksvertretungen zur Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie zu Bausperren: Die Fristen zur Stellungnahme sind viel zu knapp bemessen. Hier wird ein Gesetz falsch gehandhabt. Was wird Stadtrat Hofmann tun, um diesen Übel abzuhelpfen? Neusser sprach die Hoffnung aus, er werde im Schlußwort des Stadtrates Antwort auf diese drei Fragen erhalten.

Mit der Grünflächenpolitik und den Problemen des Ballungsraumes Wien - Niederösterreich - Burgenland befaßte sich GR. Dr. Macher (ÖVP). Die Grünflächenplanung sei im Verzug, stellte er fest, und verwies auf die weitgehende Übereinstimmung dieses Bereichs im 1961 beschlossenen Stadtentwicklungskonzept und in einer mit 1. Juni 1970 terminierten Darstellung der Zeitschrift "der aufbau" sowie auf die Äußerung von Stadtrat Hofmann, ein Grünflächenkonzept sei erst in Vorbereitung. Wien liegt sehr günstig und müßte deshalb international einen Vorsprung haben. Wenn jedoch zuständige Beamte feststellen, wir lägen etwas über dem internationalen Durchschnitt, so sei dies übertrieben. So haben München und Frankfurt etwa 39 Prozent Freiflächen, Wien jedoch nur etwas über 20 Prozent.

Überdies bestünde, erklärte Dr. Macher, ein Widerspruch zwischen Planen und Tun. Vorhandene Grünflächen, wie die Schmelz, gingen verloren. Das Prinzip, die Grünflächen untereinander und mit dem grünen Umland zu verbinden, um die Durchgrünung der Stadt zu erreichen, werde verletzt. Die Entwicklung verlaufe auch inkonsequent. So gingen zwischen 1959 und 1962 etwa 2.000 Allee-bäume verloren, dann habe man wieder aufgeholt, so daß insgesamt seit 1945 eine Zunahme um 3.000 Allee-bäume festzustellen sei. Auch die Grundkaufpolitik entspreche nicht den Erfordernissen. So besitze die Gemeinde im 13. Bezirk 25 Prozent der Flächen, im 7. Bezirk hingegen - der als Grünflächennotstandsgebiet zu bezeichnen sei - nur sechs Prozent. Nun könnte man im 7. Bezirk anstelle der Markthalle, wie es die Bezirksvorsteherung wollte, eine Grünfläche schaffen, aber man will statt dessen ein Einkaufszentrum errichten. Das Städtgartenamt habe trotz der schwierigen Lage neue Grünflächen geschaffen, so im 5., 6., 9. und 15. Bezirk und damit gezeigt, wie man ohne Zwang und Gesetz, durch Ausnützung von Abbruchflächen, neue Grünflächen schaffen könne. Aber es geschah nicht alles, was geschehen könnte. Die fehlende Durchgrünung bedeute auch fehlende Durchlüftung. Bei schlechtem Wetter käme es im Stadtzentrum durch Luftverunreinigung und Sauerstoffmangel zu Erscheinungen der Atemnot. Wer acht Stunden im dichtverbauten Gebiet arbeiten müsse, habe nichts davon, wenn in größerer Entfernung schöne Grünflächen bestehen. Wer ist eigentlich in der Frage der Luftreinhaltung federführend? Vbgm. Sandner habe darauf hin gewiesen, daß Naturschutz nicht nur Sache der öffentlichen Hand sein könne. Das unterstreiche, wie wertvoll ein nicht weisungsgebundener Naturschutzbeirat wäre.

./.

Dr. Macher setzte sich für eine Zusammenarbeit Wien-Niederösterreich - Burgenland auf parlamentarischer Ebene ein. Während Diskussionen über die Zusammenarbeit in der Großregion geführt werden, entwickle sich diese Region bereits. 1955 siedelten die ersten Betriebe aus Wien nach Niederösterreich ab, jetzt seien es schon mehr als hundert. Die Zahl der Einpendler stieg, aber ebenso die Zahl der Auspendler, wenn auch noch nicht alarmierend. Sechs Prozent der abgesiedelten Betriebe gehörten zur chemischen Industrie, einer forschungsorientierten Wachstumsindustrie, die besonders wichtig sei. Die Entwicklung zur Großregion gehe zwangsläufig vor sich, aber es hänge von der Initiative Wiens ab, ob es dabei gewinne. Diese Initiative sei leider zu vermissen.

GR. Dinhof (SPÖ): Viele Maßnahmen, die von der Planung initiiert wurden, sind erst zehn oder fünfzehn Jahre später zum Tragen gekommen. Es sei daher notwendig, in der Bevölkerung um mehr Verständnis für die Planung zu werben.

Sein Hauptthema: die Wirtschaftspolitik. Es müsse zu denken geben, daß trotz der großen Zahl von Einpendlern und Gastarbeitern in Wien heute im Vergleich zum Jahr 1962 um 36.000 unselbständige Arbeitnehmer weniger beschäftigt sind. Wenn schon von der Abwanderung von Betrieben gesprochen wird, so sei der Grund in der angespannten Arbeitsmarktlage zu suchen.

Seinem Vorredner hielt er entgegen, daß sich das Verhältnis der Ein- und Auspendler seit 1962 um 15.000 Personen zugunsten Wiens erhöht hat. Die Zuwanderung und die Ansiedlung in Wien sei heute mehr denn je eine eminent wichtige Voraussetzung für eine florierende Wiener Wirtschaft. Er appellierte an alle, bei der Bevölkerung um größeres Verständnis für die Zuwanderer zu werben. Nicht nur die Zuwanderer aus den Bundesländern, auch die Gastarbeiter helfen mit, Wiens Wirtschaftsleben gesund zu erhalten. Es sei beschämend, daß die Gastarbeiter vielfach ausgebeutet und schlecht behandelt werden. Die Unterbringung in Elendsquartieren mit den primitivsten sanitären Einrichtungen sei geradezu ein Skandal. Hart ging er mit den Quartiergebern dieser Gastarbeiter ins Gericht. Sie seien die eigentlichen Parasiten der Wiener Wirtschaft.

Dinhof urgierte Maßnahmen des Bundesgesetzgebers, um der Ausbeutung der Gastarbeiter einen Riegel vorschieben zu können.

Zu den Verkehrskonzepten der einzelnen Bundesländer sei unbedingt ein österreichisches Gesamtverkehrskonzept notwendig. Wien fordere gar keine Priorität, es sei ganz klar, daß bei objektiven Reihung der Verkehrsprobleme das Hauptgewicht bei den Ballungszentren liegen würde. Das würde auf jeden Fall für Wien eine Verbesserung bedeuten, denn es stehe außer Zweifel, daß Wien in der Vergangenheit bei Verkehrsfragen benachteiligt wurde. Zum Schluß gab Dinhof seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Planung das nötige Gewicht verliehen und genügend Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

"Wir wollen zuerst vom Menschen reden", war das Leitmotiv eines Debattenbeitrages von GR. Dr. Drimmel (ÖVP), dem auch auf den SPÖ-Bänken Beifall gezollt wurde. Das bedeute nicht ein Aufhalten der industriellen Entwicklung, vielmehr deren menschliche Überhöhung. Dr. Drimmel befaßte sich mit den Zielsetzungen der Zukunftsplaner, die sich seit der Wende zu den Siebzigerjahren wesentlich verändert hätten. Während man in den "stürmischen Sechzigerjahren" Fragen wie den Flug des Menschen zum Mond, die Verbesserung des menschlichen Charakters durch Drogen und Neurochirurgie oder die sexuelle Revolution fasziniert besprochen habe, erforschten die Demoskopien nun ganz andere Prioritäten in den US und im westeuropäischen Industriestaaten. Dazu gehören in erster Linie der Wunsch nach besseren Berufschancen, die Angst vor Luft- und Wasserverunreinigung und vor Lärmschäden, die Bekämpfung von Rauschgifthandel und Terrorismus, die Verbesserung der Wohnschul- und Verkehrsverhältnisse. Probleme des Weltraums rangieren in der Interessenskala ganz am Schluß.

Es sei daher dringend erforderlich, daß sich die Planungen der Siebzigerjahre von dem "naiven Zukunftseindrücken der Sechzigerjahren" freimachen und eine andere Richtung einschlagen: "Die Humanität darf gegenüber der schrankenlosen Industrieentwicklung nicht mehr Nachrang haben". Es sei unsere Aufgabe, postulierte der Redner in eindringlichen Worten, "den Zukunftsschock in echten Dynamismus zu verwandeln". Die Masse der Bevölkerung müßte rechtzeitig psychologisch vorbereitet werden,

es müsse ihnen ein Neu- und Umdenken beigebracht werden. Gegen eine unsachgemäße Verwendung neuer Technologien zum Schaden der Menschheit müßte es "Ombudsmänner" geben. Schulen und der ORF hätten wesentlichen Anteil an dieser erstrangigen volkspädagogischen Aufgabe erster Ordnung zu nehmen.

GR. Dr. Drimmel plädierte für einen "neuen Humanismus" der eine Frage auf Leben und Tod und, der mehr als Natur- und Denkmalschutz sei. In diesem Zusammenhang sprach sich Dr. Drimmel für eine Zusammenarbeit der Parteien aus und sagte für die ÖVP die Zustimmung zu den Ansätzen des Planungsbudgets zu.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) gab seiner Auffassung Ausdruck, daß es für Österreich wirtschaftlicher sei, einen zentralen Flughafen zu besitzen als den Binnenluftverkehr auszubauen. Radiale Eisenbahnlinien zu den einzelnen Landeshauptstädten sollten den weiteren Verkehr übernehmen. Die Züge könnten nicht nur in rascheren Abständen verkehren, auch die Wirtschaftlichkeit sei größer.

Die Zusammenarbeit zwischen Wien und dem Umland illustrierte GR. Hofstetter durch mehrere Beispiele: Laxenburg, Planungswettbewerb über die Draschegründe unter Beteiligung der Gemeinde Vösendorf, Zusammenarbeit mit Schwechat in Fragen der Stadtautobahn und der Regulierung der Schwechat.

Die Wiener Umgebung ist auch als Erholungsgebiet für die Bevölkerung von größter Bedeutung. Dem Rechnung tragend, hat die Gemeinde die Bisamberggründe angekauft, um sie als Erholungsraum zu sichern.

Für wirkungsvolle Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadterneuerung seien entsprechende Assanierungsgesetze notwendig. Der Verbandstag der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft stellte vor kurzem fest, daß dies nicht ohne Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse möglich sein wird. Er forderte auch ein Vorkaufsrecht der Gemeinde bei Grundtransaktionen und eine Besteuerung unverbauter Gründe; diese Besteuerung müßte so hoch sein, daß das Horten von Grundstücken nicht mehr rentabel erscheint.

Mit rechtlichen Maßnahmen sollte gegen die Errichtung von Tankstellen in Wohnhäusern vorgegangen werden. Tankstellen sollten nicht in gewidmeten Wohngebieten, sondern ausschließlich in Betriebsbaugebieten erlaubt sein.

Die Erledigung von Widmungsanträgen nehme oft sehr viel Zeit in Anspruch, weil 15 bis 20 Begutachtungsstellen gehört werden müssen. Zur Beschleunigung der Erledigung schlug der Debattenredner eine sternförmige Aussendung der Unterlagen an die Begutachtungsstellen vor. Dazu sei ein weiterer Ausbau der Repro-Anlage erforderlich, deren Auftragslage in den letzten Jahren einen starken Aufstieg verzeichnete. Von 1966 bis 1970 sind die privaten Aufträge um 188 Prozent gestiegen, bei den Aufträgen für den Magistrat belief sich die Steigerung auf 490 Prozent. Die Betriebskosten sind jedoch - infolge von Rationalisierungsmaßnahmen - nur um 45 Prozent gestiegen.

Der U-Bahn-Bau macht es notwendig, daß mehrere technische Geräte angeschafft werden müssen. Unter anderem ein elektronischer Entfernungsmesser, dessen Toleranz über zwei Kilometer Entfernung 1 bis 1,5 Millimeter beträgt. Weiters ein Kreiseltheodolit zur Vermessung der Tunnelröhren.

Von großer Bedeutung ist die Umstellung auf Mikrofilm. Während es in der Deutschen Bundesrepublik bereits ein Gesetz gibt, wonach Mikrofilmaufnahmen Dokumentationswert besitzen, fehlen bei uns noch gewisse rechtliche Voraussetzungen. Auf einer 30 Meter langen Mikrofilmrolle, die 16 Millimeter breit ist, können bis zu 11.000 Seiten im Format DIN A 4 aufgenommen werden - eine Menge, für deren Lagerung in der bisher üblichen Form ein großer Kasten notwendig sei.

Stadtrat Ing. Hefmann dankt, im Schlußwort für die sachlichen Debattenbeiträge. Jene Fragen, die er heute nicht beantwortete, sollen in kommenden Planungsausschüssen behandelt werden. Das selbe rege er für den von der DFP gestellten Antrag und die Anfrage an.

Die Kritik von GR. Müller hätte in vielen Fällen wegfallen können, hätte sich der Gemeinderat bei den zuständigen Dienststellen oder Beamten informiert.

Zum räumlichen Leitbild: Wir haben es nicht vorgelegt, aber auch das stünde nicht im Widerspruch dazu, daß Stadtrat Heller vor einigen Jahren festgestellt habe, daß es druckreif vorliege. Seit der seinerzeitigen Erstellung dieses Leitbildes sind viele Erkenntnisse dazugekommen die berücksichtigt werden müssen. Dazu gehören die Fragen der Stadterneuerung, der Betriebsstättenneubau, Betriebsansiedlung, Ausbau der Schulen und Hochschulen, der Stadtautobahn. Man hat sich daher ent-

schlossen, dieses räumliche Leitbild erst nach dem Beschluß über das Stadtentwicklungsprogramm neu zu erarbeiten.

Gespräche mit Bundesstellen: Es sei erfr ulich, daß gerade in letzter Zeit die Gespräche mit dem Bund zu optimistischen Aussichten ermutigen. Nach langer Zeit besteht Bereitschaft zu einem sachlichen Gespräch.

Man wird nicht jedem Wiener die U-Bahn vor die Haustür bauen können, zweifellos wird aber auch für den Westen Wiens durch die Umstellung der Stadtbahn auf U-Bahn-Betrieb eine Verbesserung erreicht und ebenso dadurch, daß die Hauptstraßenbahnlinien, die heute die Gürtellinie queren, auch dort ihre Umsteigerelationen bekommen.

Durch die Aktion der Betriebsansiedlungen haben wir einen wesentlich höheren Prozentsatz an Industrieinvestitionen feststellen können.

Über das Stadtentwicklungsprogramm soll auf breitester Basis diskutiert werden, nicht nur im Gemeinderat, sondern auch durch Interessensvertretungen der Öffentlichkeit, und am Ende der Diskussion soll eine Beschlußfassung des Gemeinderates erfolgen. Auf Grund dieses Beschlusses können dann weitere Kapitel, wie Verkehrsfragen und Wirtschaftsfragen Gegenstand weiterer Diskussion sein.

Diese Diskussionen sollen aber nicht während einer Gemeinderatssitzung durchgeführt werden. Es sollen Vorschläge erstellt und es soll dann genügend Zeit für Gespräche eingeräumt werden. Ihr Ergebnis soll dann zu neuerlichen Beschlüssen führen.

Bei einem Platz wie dem Karlsplatz im Herzen unserer Stadt, der jahrhundertlang ständig umgeplant wurde, wird man nie garantieren können, daß es sich um eine immer gültige Planung handelt. Der heutige Stand ist so, daß wir vor einigen Monaten Prof. Rainer beauftragt haben, die Unterlagen für einen neuerlichen Wettbewerb für den Karlsplatz auszuarbeiten. Die Unterlagen sind fertig, und mit Jahresbeginn wird die Ausschreibung erfolgen. Es wird ein geladener Wettbewerb sein. Sollte bei diesem Wettbewerb eine Lösung, die die Fußgängerpassage beinhaltet, zum Tragen kommen, so sind hierfür alle baulichen Vorkehrungen getroffen. Augenblicklich sieht es so aus, daß die Fußgängerunterführung wahrscheinlich hergestellt wird. Es wird zu keiner Gefährdung der Oberflächengestaltung kommen.

Hinsichtlich der zeitlichen Schwierigkeiten bei der Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sagte Stadtrat Hofmann, er überzeuge sich bei jedem einzelnen Akt davon, ob wirklich die Stellungnahme des Bezirkes vorliege. Eine andere Frage sei es, ob sich das Verfahren überhaupt abkürzen lasse.

Grünflächen: Wien könne auf seine Grünflächen stolz sein. Natürlich sei es richtig, daß Bäume gefällt würden, aber wo außer in Wien hätte man eine solche Lösung gefunden wie jene, eine ganze Straße zu verschwenken, nur um einen Baum zu schonen? (Hofmann bezog sich dabei auf die Landesgerichtsstraße, Ann. d. Red.)

Die Umlandfragen würden immer wichtiger, meinte Hofmann. Da diesen Komplex auch in der Budgetdebatte des niederösterreichischen Landtages steigende Bedeutung zugenessen worden sei, wäre es doch möglich, "daß wir uns in nächsten Jahr finden". In erster Linie müßte die Bereitschaft zu überregionaler Kooperation bei jenen Teil der niederösterreichischen Landesregierung erreicht werden, der diese Bereitschaft noch nicht besitze.

Gastarbeiter und Zuwanderer: Hofmann meinte, hier sollte doch die Basis für eine wohlwollende Aufnahme vorhanden sein: "Schließlich sind doch drei Viertel der Wiener - oder wenigstens ihre Vorfahren - auch einmal nach Wien zugezogen." Hofmann betonte auch die große Bedeutung dieses Personenkreises für den wirtschaftlichen Fortschritt der Bundeshauptstadt.

Der Stadtrat schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, die Leistungen der Gruppe Planung seien geeignet, eine gültige politische Zielsetzung Wiens für die nächsten Jahrzehnte zu schaffen.

Abstimmung: Die Ansätze der Verwaltungsgruppe Planung wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Ein DFP-Antrag auf Schaffung von Kinderspielplätzen in Wohnhausanlagen wurde einstimmig zugewiesen. Eine DFP-Anfrage (Widmung der Schmelz als Grünfläche) wird von Stadtrat Hofmann schriftlich beantwortet werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Ac...tung Änderung im Budget-Fahrplan!
=====

Wien, 14.12. (RK) Im "Fahrplan" für die Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates wurde eine Änderung vereinbart. Morgen, Dienstag (15. Dezember), wird nur das Kapitel VIII, Tiefbau, Referent Stadtrat Kurt Heller, behandelt. Der Nachmittag ist sitzungsfrei, um den Gemeinderäten die Möglichkeit zu geben, an den Trauerfeierlichkeiten für Anton Konir teilzunehmen.

Die Budgetdebatte wird Mittwoch, den 16. Dezember, mit dem Kapitel Baubehördliches (Referent Stadträtin Dr. Maria Schaumayer) fortgesetzt. Daran anschließend werden, wie vorgesehen, die Kapitel X, Referent Stadtrat Dkfm. Hintschig, und XI, Referent Stadtrat Suttner, behandelt.

- - -

sozialer wohnbau: um 100 millionen mehr gebaut

17 wien, 14.12. (rk) aus einer kuerzlich veroeffentlichten statistik geht hervor, dass die ueberschreitungen der baudauer im sozialen wohnbau der stadt wien wesentlich geringer ist als bei der privaten bauwirtschaft. zu dieser erfreulichen tatsache kommt nur eine weitere positive mitteilung: in diesem jahr war der baufortschritt im sozialen wohnbau sogar wesentlich groesser als erwartet. die 220 millionen schilling, die heuer fuer den wohnbau vorgesehen waren, wurden bereits restlos ausgegeben. insgesamt werden in diesem jahr sogar rund 100 millionen schilling mehr verbaut als vorgesehen. der zustaendige gemeinderatsausschuss fuer wohnungsangelegenheiten gab montag einer ersten ueberschreitung des budgetansatzes in der hoehe dieses betrages die zustimmung.
1226

4,4 millionen schilling fuer neue waschmaschinen
in wohnhaeusern

19 wien, 14.12. (rk) die modernisierung der kleinwaschkuechen in den staedti~~chen~~ wohnhaeusern soll im kommenden jahr verstaerkt fortgesetzt werden. fuer den ankauf von maschinen stehen 1971 insgesamt 4,4 millionen schilling zur verfuegung. um diesen betrag sollen 228 waschmaschinen und ebensoviele waeschezentrifugen angeschafft werden. der zustaendige gemeinderatsausschuss stimmte dem antrag zu. die waschmaschinen werden 3,7 millionen, die waeschezentrifugen 700.000 schilling kosten.
1224

viennesen spendeten tv-geraet fuer bewohner des pensionisten-
heimes liebhartstal

24 wien, 14.12. (rk) verfruehtes "christkindl" spielten montag viennesen der stadt wien im pensionistenheim liebhartstal in otta-
kring. stellvertretend fuer ihre kolleginnen und kollegen ueber-
gaben zwei maedchen und zwei burschen wohlfahrtsstadtraetin maria
j a c o b i einen von ihnen gespendeten fernsehapparat fuer die
bewohner des pensionistenheimes. das geraet, die mittel dafuer haben
die viennesen selbst aufgebracht, wurde in der krankenabteilung
des pensionistenheimes aufgestellt.

die jungen leute hatten anlaesslich einer fuehrung durch das
heim davon gehoert, dass in der krankenabteilung kein tv-apparat vor-
handen sei, und deshalb spontan beschlossen, diesen zustand zu
aendern.

diese aktion zeige wiederum einmal mehr, wie die jugend wirklich
ist, meinte stadtraetin maria jacobi. sie bezeichnete es als eines
der hauptprobleme in der altenbetreuung, die aeltern und schon etwas
gebrechlicheren leute geistig zu beschaefftigen. hier biete das fern-
sehen den auch weniger ruestigen menschen die grosse moeglichkeit,
das geschehen der welt noch mitzuerleben und damit ihr interesse an
allen vorgaengen des lebens wachzuhalten.

1333

preisguenstige gemuese- und obstsorten

26 wien, 14.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit:
heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obst-
sorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 5 bis 6 schilling,
weisskraut 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5,50 schilling, bananen
6 bis 8 schilling, mandarinen 8 schilling, orangen griechisch
5,50 schilling je kilogramm.

1400

kuratorium oesterreichischer gastlichkeit:

die ersten 60 mitgliedsurkunden ueberreicht

28 wien, 14.12. (rk) der bund oesterreichischer gastlichkeit und der oeamt haben sich zum ''kuratorium oesterreichischer gastlichkeit'' zusammengeschlossen. die ersten 60 mitgliedsbetriebe erhielten montag nachmittag ihre mitgliedsurkunden: stadtrat hans b o c k ueberreichte sie den inhabern der betriebe im stadtsenatssaal des rathauses. diese betriebe, die bei ihren gaesten besonders fuer die stadt wien werben wollen, wenden dies durch erhoekten standard in ausstattung und leistung tun.

1437

glatteis in wien

18 wien, 14.12. (rk) nieselregen bei einer temperatur um null grad verursachte in der nacht von sonntag auf montag vor allem auf den bruecken und im westen der stadt (hoehenstrasse, floetzersteig) strassenglaette. nach mitternacht setzte der winterdienst der stadtreinigung das erste streufahrzeug in marsch. insgesamt 21 streufahrzeuge waren - teilweise auch noch am montag - damit beschaefigt, die betroffenen strassen wieder befahrbar zu machen.

1223

personalmeldung

10 wien, 14.11. (rk) der wiener stadtsenat hat am 7. dezember die obermagistratsraete dr. helmut k r e b s (md-pid) und dr. hans s i e b e n s o h n (leiter der magistratsabteilung 61) in die dienstklasse acht befoerdert und ihnen den titel senatsrat verliehen (bei der urspruenglichen meldung auf blatt 3777 war irrtuemlicherweise nur von der verleihung des titels die rede).

1046

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Hochbaudebatte
=====

Ergänzung zu Referat Stadtrat Pfoch

Wien, 14.12. (RK) Während Stadtrat Pfoch in seinem Referat darauf verwies, daß mit dem Bau von Saalwohnungen und von Wohnungen für Körperbehinderte neue Wege beschritten werden, erinnerten Gemeinderäte der ÖVP in Zwischenrufen an entsprechende frühere Anträge ihrer Partei. Stadtrat Pfoch erklärte dazu, daß man zwischen Wünschen und Ideen einerseits und den Möglichkeiten der Realisierung andererseits eine vernünftige Beziehung herstellen müsse. Die Wohnungssuchenden müssen sich den Komfort, den sie geboten bekommen, auch leisten können. Die Stadt Wien dürfe nicht Luxuswohnungen für einige wenige bauen. Die Zeit des Emmentalerstils sei jedenfalls vorbei. Diese Bauformen seien in einer Zeit entstanden, die durch Not und Kriegsauswirkungen geprägt war. In dieser Zeit haben alle Wiener "mit Wasser gekocht". Heute sei die Zeit für Experimentalbauten gekommen. Die durchschnittliche Größe der von der Stadt Wien erbauten Wohnungen habe heuer bereits 66 Quadratmeter betragen und werde nächstes Jahr auf 70 Quadratmeter steigen.

Speziellen Dank sprach Stadtrat Pfoch der Rathausverwaltung aus, die 1970 nicht weniger als 775 Veranstaltungen, also mehr als zwei pro Tag, im und vor dem Rathaus technisch-organisatorisch zu betreuen hatte.

Auf Quantität und Qualität bezog sich GR. Wölger (DFP) in seinem Debattenbeitrag. Die Quantität sei bei der Geschäftsgruppe Hochbau in Ordnung. Allerdings gebe es keinen Grund zum Jubeln. Bei der Qualität sei nahezu alles im argen polemisierte der Redner. Seine breitgestreute Kritik betraf den Wohnhausbau, den Verkehrsbau und die Bäder.

./.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) befaßte sich am Anfang seiner Ausführung mit den diversen Wohnungsbauvorhaben. Er betonte, daß er in diesem Zusammenhang bezüglich der Wohnbauförderung einen detaillierten Bericht vermisse, eine unklare Abgrenzung müsse hier unbedingt vermieden werden. Der Redner bemängelte, daß zur Zeit zu wenig erschlossene Baugründe vorhanden seien, wodurch es eventuell in der Folge zu einer verzögerten Bautätigkeit kommen könnte.

Die Architekten befassen sich, wie er meinte, viel zu sehr mit baulichen Visionen, anstatt sich um die exakte bauliche Ausführung der verschiedenen Wohnprojekte zu kümmern. In diesem Zusammenhang wäre es auch dringend notwendig, Soziologen zu den diversen Planungen beizuziehen, denn der Mensch sollte stets im Mittelpunkt aller Dinge stehen. Schwerpunkt der kommenden Wohnbauvorhaben müßte die Qualitätsverbesserung sein. Die im Wohnungsbau eingeschlagenen neuen Wege - etwa Saalwohnungen oder Wohnungen für Körperbehinderte - könne er nur bejahen, doch stellte er in diesem Zusammenhang an Stadtrat Pfoch die Frage, warum man solche vielversprechende Projekte nicht mehr forcieren. Zur geplanten UNO-City meinte er, daß die Entscheidung hier leider erst sehr spät falle, wodurch jedoch vieles versäumt wurde. Der Ausbau der Bäder weise eine erfreuliche Tendenz auf, unerfreulich hingegen sei das Aussehen mancher der 14 städtischen Sommerbäder, das man in manchen Fällen sogar als desolat bezeichnen müßte.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) kam zunächst auf die laufenden Wettbewerbe zu sprechen: den Rathausplatz-Wettbewerb nannte er eine positive Idee, obwohl dabei einige, insbesondere rechtliche Probleme aufgeworfen wurden. Während beim Wettbewerb für die Bebauung der Draschegründe erfreulicherweise eine große Auslandsbeteiligung zu erwarten sei, stehe ein sehr wichtiger Wettbewerb, nämlich jener über die künftige Gesamtgestaltung des Karlsplatzes noch aus. Dabei gehe es nicht nur um die Erhaltung der Stadtbahnstationen und um eine Grünflächengestaltung. Kein Verständnis bringe die Bevölkerung für die Verzögerung der Entscheidung über die künftige UNO-City durch die Organisationen auf. Hinsichtlich des künftigen WIG-Geländes am Lauer Berg und der Stadterneuerung forderte der Redner Gesamtkonzepte. Dergleichen über die rationelle Unterbringung der Magistrats-

dienststellen, bei der GR. Dr. Strobl bisher keine generell befriedigende Lösung feststellen konnte. Unbefriedigt zeigte sich der Redner auch über den "Improvisationszustand" bei der Planung des Bereiches Franz Josefs-Bahnhof.

Schließlich forderte GR. Dr. Strobl vom Berichterstatter die Aufklärung verschiedener Diskrepanzen, die sich seiner Meinung nach aus den Budgetansätzen über den Wohnhausbau und Siedlungsbau ergeben.

Mit der unterschwelligem Kritik am Baufortschritt des AKH beschäftigte sich einleitend der nächste Debattenredner, GR. Outolny (SPÖ). Er gab zu bedenken, daß in den bestehenden Objekten der Betrieb voll aufrecht erhalten werden müsse, außerdem fänden ständig Übersiedlungen statt. Schließlich müsse der raschen Entwicklung auf dem medizinisch-technischen Sektor Rechnung getragen werden, wodurch es immer wieder zu Änderungen im Baukonzept komme.

Der Wohnungsbau in Wien umfasse derzeit rund 280 Baustellen, an denen 7.500 Arbeiter beschäftigt sind. Die Abwerbung von Arbeitskräften durch die Olympia-Stadt München mache sich unliebsam bemerkbar. Allen Schwierigkeiten zum Trotz konnten jedoch die Bauzeiten herabgesetzt werden.

Das Steigen des maschinellen Anteils am Baugeschehen verdeutlicht folgender Vergleich: 1964 waren zum Bau einer Wohnung 0,45 Arbeiter und 6,8 PS erforderlich, die Zahlen für 1969 lauten dagegen 0,32 Arbeiter und 21,7 PS. Die Leistungssteigerung war nur durch den Einsatz neuer Organisationsformen möglich, wie Netzplantechnik, Management-System, Datenverarbeitung.

Zur Technisierung des Baugeschehens habe wesentlich die Montagebaugesellschaft beigetragen, die heuer im Herbst die 10.000. Wohnung fertigstellen konnte.

Bezüglich der Wohnungsgrößen sei ein Vergleich Bundesländer - Wien nicht objektiv. Man dürfe nicht vergessen, daß in den Bundesländern grösser gebaut werde, weil Räume für den Fremdenverkehr benötigt werden. In Wien sind dreiräumige Wohnungen mit 70 Quadratmeter Fläche am meisten gefragt.

Die Frage der Grundbeschaffung nimmt an Bedeutung zu. Für den Wohnungsbau eines einzigen Jahres wird eine Grundfläche benötigt, die jener des ersten Bezirkes entspricht; für die Größfeldsiedlung wurde ein Baugebiet im Ausmaß von Krems gebraucht. In diesem Zusammenhang appellierte GR. Outolny an die ÖVP-Fraktion, sie möge auf ihre Parteifreunde im Parlament einwirken, nicht länger neue gesetzliche Bestimmungen über Assanisierung und Bodenfreimachung zu blockieren.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) unterstreicht, daß auf dem Bädersektor viel Positives geschehen ist. Hätte man aber früher dafür gesorgt, daß private Bäder nicht zugrunde gehen, hätte man sich heute manche Sorge in manchem Bezirk sparen können. So plane man derzeit im 13. Bezirk die Errichtung eines neuen Bades, das Privatbad in Speising mußte aber vor einigen Jahren gesperrt werden. Er stellt die Frage, wieweit der Baufortschritt am Schafbergbad durch Auseinandersetzungen mit Schrebergärtnern oder andere Schwierigkeiten beeinträchtigt werde. Die Aufstellung von Automaten für Eintrittskarten sei zu begrüßen. Alte Bäder in Saunabäder umzubauen, wäre begrüßenswert. Im Auer-Welsbach-Park müßte es ein Gesamtkonzept ermöglichen, das Kinderfreibad und den Sportplatz unterzubringen.

Fernheizwerk: Der Redner ersucht um Mitteilung, inwieweit eine echte koordinierte Planung der drei Wärmequellen - Gas, Elektrizität und Fernwärme - vorhanden ist. Viele spätere Aufgrabungsarbeiten könnten bei entsprechender Planung vermieden werden. Es wäre interessant zu erfahren, ob wir derzeit tatsächlich zu viel Fernwärme besitzen, und wie die Relation zwischen Fernwärme, anfallenden Kosten und Verbrauch ist. Hoffentlich wird das Fernwärmewerk nicht auch zu einem neuen Verkehrserreger. Große Probleme verursacht auch die Verbrennung der Kunststoffe, da man vielfach nicht weiß, wie sich die Abgase auswirken werden.

Immer wieder werde von den Sozialisten Beschwerde darüber geführt, daß die Baugrundbeschaffung wegen fehlender Gesetze immer schwieriger und kostspieliger werde. Seine Fraktion habe sich nie gegen ein Konzept zur Beschaffung von Baugründen gewehrt, sofern das Recht des Besitzers in angemessener Form garantiert ist und auch die Möglichkeit gesichert wird, daß Private oder Arbeitsgemeinschaften den Wiederaufbau betreiben können.

Der Redner urgiert unter anderm einen Raster- und Aufbauplan für den 15., 16. und 17. Bezirk.

Schwierigkeiten bringe die bestehende Bauordnung mit sich. Die Materie sei vielfach unübersichtlich, führe zu großen Verzögerungen und Lasten den Beamten eine Bürde auf, die für sie vielfach nicht tragbar sei. Der Mangel an Schreibkräften führe zu übergroßen Verzögerungen. Es sei auch von der Gesetzesseite

her in Wien nicht möglich, Industriegebiet und Wohngebiet strikte zu trennen. Die vollständige Überarbeitung der Bauordnung wäre dringend notwendig. 150 Sitzungen wurden bereits abgehalten, leider kam man aber bisher zu keinem Ergebnis.

GR. Deistler (SPÖ) beschäftigte sich mit der Entwicklung der Fernwärme in Wien: Es ist nötig, dieser Versorgungsmethode zum Durchbruch zu verhelfen. Dies, obwohl von mancher Seite heftige Kritik geübt wird. Tatsache ist, daß die Einschienen-Versorgung mit elektrischer Energie in ihren Vorteilen durchaus nicht unbestritten ist: Abgesehen davon, daß es dann bei einem Stromausfall nicht nur kalt, sondern auch noch finster ist, kann in absehbarer Zeit der Energiebedarf für eine solche Versorgungsmethode überhaupt nicht aufgebracht werden.

Dazu kommen aber noch andere Vorteile der Fernwärme vom "Giganten Spittelau" - zu dem sich, wie Deistler sagte, die SPÖ ausdrücklich bekenne: Die kombinierte Produktionsmethode (Ölfeuerung, Müllverbrennung, Wärme-Kraftkupplung) trägt nicht nur zur Erzeugung elektrischer Energie bei, sondern löst zum Teil jenes Problem, das auf die Großstädte immer bedrohlicher zukommt, nämlich das Problem der Müllbeseitigung in einem Zeitalter der hochentwickelten Verpackungsindustrie.

Der Redner verteidigte auch den Bau des Verwaltungsgebäudes im neuen Fernwärmewerk: Es ist keineswegs daran gedacht, eine Tintenburg zu schaffen, sondern nach den Methoden des administrativen Managements sollen alle Stellen, die mit Fernwärme zu tun haben, im Sinne des reibungslosen Arbeitsablaufs unter einem Dach zusammengefaßt werden. Die Schaffung von Großprojekten auf dem Gebiet der Fernwärmeversorgung begründete der Redner auch mit der Maxime, daß man nicht den Fehler machen dürfe, von der Einzelofen-Heizung etwa nur zur Einzelkessel-Heizung überzugehen. Jedermann müsse einsehen, daß eine Lösung wie die bisherige Beheizungs-methode des Allgemeinen Krankenhauses nicht zielführend sei - nämlich 47 Kesselhäuser mit 120 Kesseln. Abschließend stellte der Redner noch eine Verbesserung der Wärmezählung bei den Abnehmern zur Diskussion. Die derzeitige Form könnte durch Meßgeräte in den Stiegenhäusern ersetzt werden.

Stadtrat Pfösch setzte sich in seinem Schlußwort mit der Kritik auseinander, das Budget der Geschäftsgruppe VII sei unterdurchschnittlich gestiegen. Im vergangenen Jahr waren 40 Millionen für die Erhaltung aller Objekte und für Aufzugseinbauten sowie 50 Millionen für Grundfreimachungen bei dieser Geschäftsgruppe veranschlagt worden, während die entsprechenden Budgetposten nun bei den Geschäftsgruppen XI, beziehungsweise X aufscheinen.

Baumbestand: In jedem Fall, wo Bäume gefällt werden müssen, finden drei bis vier Beratungen statt, ehe die begründete Entscheidung getroffen wird, wie etwa in St. Marx, wo im Zuge des Neubaus eine Straße verschwindet, an der dreißig Bäume stehen, die gefällt werden müssen.

Montagebaufabriken: Tatsächlich erwächst hier ein Übergewicht des Montagebaus. Die Stadtverwaltung wird jedoch künftig mehr als bisher bestrebt sein, auch im innerstädtischen Bereich zu bauen, und hier wird genügend Arbeit für die Betriebe bestehen, die in der herkömmlichen Weise arbeiten.

Wohntypen: Die Zeit vom Planungsbeginn bis zur Fertigstellung beträgt vier bis fünf Jahre. Deswegen kann ein willkürlich herausgegriffenes Jahr nicht als repräsentativ bezeichnet werden. Tatsache ist allerdings, daß Stadtrat Suttner an die Bauabteilung das Ersuchen gerichtet hat, den Bau von C-Typen zu forcieren.

Bauqualität: Die Qualität der Wiener Bauten liegt zwar über dem Niveau anderer Städte, aber das Bemühen um weitere Verbesserungen ist trotzdem nötig, vor allem, weil Reparaturen immer schwieriger werden.

UNO-City: Vor der Ausschreibung erfolgte eine außerordentlich sorgsame Prüfung der Unterlagen, an der Bund, Gemeinde und Architekten beteiligt werden. Nun muß ein Projekt realisiert werden, das sich am besten ins Stadtbild fügt, das den Arbeitsanfordernissen der internationalen Organisationen entspricht und auch den finanziellen Möglichkeiten angepaßt erscheint.

Bäder: In Ottakringer Bad werden in Mai alle Anlagen zur Verfügung stehen.

Trotz vieler Möglichkeiten, den Abfall orientlich wegzuworfen, ziehen es manche vor, ihren Abfall gleich neben der Luftmatratze auf die Wiese zu werfen. Das erschwert es außerordentlich, die Anlagen sauber zu halten.

Stadterneuerung Lichtental und Brauhirschgrund:

Auch die Stadtverwaltung ist unzufrieden wegen der Verzögerungen. Sie liegen daran, daß der benötigte Baugrund nur zögernd oder gar nicht zur Verfügung gestellt wird. Dadurch ergeben sich Zeitsverluste und höhere Kosten.

Verzögerung bei Umbauten von Amtsgebäuden: Wegen des Mangels an Büroräumen muß während der Umbauten die Aufrechterhaltung des Betriebes gewährleistet werden. Das bringt für das Baugeschehen ebenso wie für die Beamten Unannehmlichkeiten mit sich.

Verspätung der Folgeeinrichtungen in Wohnanlagen: Die Hauptschwierigkeit ist, daß die Geschäftsleute nicht gerne bereit sind, frühzeitig in diese Gebiete zu gehen. Es ist auch irgendwie verständlich, daß die Eröffnung eines Konsums, einer Apotheke oder eines Milchgeschäfts in einem halbfertigen Gebiet, das noch Baustelle ist, nicht sehr verlockend erscheinen, trotzdem wird die Stadtverwaltung energisch gegen diese Verzögerungen ankämpfen.

Garageneinbauten: Hier wird eine Erleichterung entstehen, da nun bis zu 20.000 Schilling Wohnbauförderung pro Abstellplatz freigemacht werden können. Man darf aber nicht übersehen, daß kostenpflichtige Abstellplätze erst dann beansprucht werden, wenn es in den Straßen und Gassen der Umgebung keine kostenlose Abstellmöglichkeit mehr gibt.

Zu den Kinderspielplätzen: Sie werden in entsprechenden Ausmaß vorgesehen. Pfoch erinnerte daran, daß die Zustimmung sich mit der Ablehnung bei der Bevölkerung ziemlich die Waage hält.. Viele Leute - das bewiesen die zahlreichen Zuschriften - seien zwar an und für sich dafür, aber nur dann, wenn die Spielplätze nicht in der Nähe ihrer Wohnung sind.

Beim Bäderkonzept freue er sich besonders über die Zustimmung mehrerer ÖVP-Redner, um so mehr als die ÖVP in der Stadtplanungskommission gegen das Konzept gestimmt habe.

Zum Thema Hietzinger Bad müsse er etwas richtigstellen; Die Stadt Wien habe dieses Bad niemals von privater Seite zum Kauf angeboten bekommen. Beim Bäderprogramm sind rund 60 Millionen Investitionen vorgesehen, 100 Millionen Schilling kostet die Führung der Betriebe. Dem stehen lediglich Einnahmen in der Höhe von 40 Millionen gegenüber. Dem ÖVP-Einwand, es sei billiger, Privatbäder zu subventionieren, als diese herabgewirtschafteten Bäder zu kaufen und zu renovieren, hielt Stadtrat Pfoch entgegen: Wenn man die Gesamtsituation berücksichtige, führe diese Maßnahme nicht zum Ziel.

Zur Lage des Fernwärmewerks Spittelau meinte der Redner, man sei sich bereits bei der Beschlußfassung bewußt gewesen, daß der Standplatz nicht ideal ist. Der Spitzenausschuß des Allgemeinen Krankenhauses habe aber darauf bestanden, daß die Heizungsanlage außerhalb des Krankenhausgeländes gebaut werden muß. Daher habe es keine andere Möglichkeit gegeben. Außerdem würde die Belästigung der Anrainer und die Verkehrsbehinderung durch die Umstellung des Fernwärmewerkes auf Erdgas in naher Zukunft wesentlich gemildert.

Zum Energiekonzept vertritt Pfoch die Meinung, daß man nicht alles auf eine einzige Energiequelle verlagern soll. Gespräche wegen der Ausarbeitung eines Konzeptes seien im Gange.

Der Vorschlag der Geschäftsgruppe Hochbau wurde mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ angenommen.

Unterbrechung der Sitzung um 17.05 Uhr.

Die Budgetberatungen werden morgen Dienstag, den 15. Dezember, nach der Sitzung des Wiener Landtages, die um 9 Uhr beginnt, fortgesetzt. Einziges Referat des morgigen Tages: Geschäftsgruppe VIII, Tiefbau. Referent Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

- - -

stadtrat dr. prutscher tritt zurueck

31 wien, 14.12. (rk) wirtschaftsstadtrat dr. pius prutscher hat am montag in einem schreiben an buergermeister bruno marek mitgeteilt, dass er seine funktion mit ablauf des 28. jaenner 1971 zur verfuegung stelle. stadtrat dr. prutscher fuehrt als grund dafuer familiaere und geschaeftliche umstaende an. der nachfolger von dr. prutscher wird voraussichtlich am 29. jaenner vom wiener gemeinderat gewaehlt werden.

dkfm. ddr. pius prutscher wurde am 27. april 1913 als sohn des architekten und tischlermeisters hans prutscher geboren. er besuchte in wien die schulen und legte 1931 die realgymnasiummatura ab. der weitere bildungsweg: 1934 diplomkaufmann an der hochschule fuer welthandel, 1936 promotion zum doktor der rechte an der universitaet wien, 1937 promotion zum doktor der handelswissenschaften an der hochschule fuer welthandel. vor der matura auch praktische kaufmaennische taetigkeit, nach der matura machte er die tischlerlehre und legte 1937 die gesellenpruefung und 1940 die meisterpruefung ab.

seit 25. november 1945 gehoert ddr. prutscher dem wiener gemeinderat an und war seit dieser zeit mitglied des gemeinderatsausschusses sechs. seit 1959 mitglied der gemeindefaetlichen stadtplanungskommission, hat wiederholt als vertreter der oevp an tagungen teilgenommen, unter anderem auch 1955 an der verkehrsenquete, war sprecher der oevpin stadtplanungs- und verkehrsangelegenheiten, mitarbeiter am verkehrskonzept und erholungskonzept der oevp, vor allem auch an gemeinsamen enqueten der kammer der gewerblichen wirtschaft und der stadt wien ueber die frage planung und wirtschaft, gehoert zu den anregern und gruendern der standortberatungsstelle. zahlreiche publikationen ueber fragen der wirtschaft und planung sowie ueber gewerbliche probleme wurden von ihm verfasst.

am 19. juni 1964 wurde ddr. prutscher vom wiener gemeinderat in den stadsenat berufen und zum amtsfuehrenden stadtrat fuer wirtschaftsangelegenheiten gewaehlt.

rinderhauptmarkt vom 14. dezember

30 wien, 14.12 (rk) unverkauft vom vormarkt 3 kuehe, summe 3. neuzufuehren inland: 18 ochsen, 127 stiere, 259 kuehe, 49 kalbinnen, summe 453. gesamttauftrieb: 18 ochsen, 127 stiere, 262 kuehe, 49 kalbinnen, summe 456, verkauft alles.

preise: ochsen 16.30 bis 18.20, extrem 0, stiere 16 bis 19, extrem 0, kuehe 11 bis 14.80, extrem 15 bis 15.50 (4), kalbinnen 16.30 bis 18.30, extrem 18.50 (4), beinlvieh kuehe 8 bis 10.50, ochsen und kalbinnen 12.60 bis 15.

der durchschnittspreis erhoehrte sich bei ochsen um 28 groschen, bei stieren um 3 groschen und ermaessigte sich bei kuehen um 16 groschen, kalbinnen um 9 groschen je kilogramm.

der durchschnittspreis einschliesslich beinlvieh betraegt: ochsen 17.39, stiere 17.90, kuehe 12.59, kalbinnen 17.26, beinlvieh kuehe verbilligte sich bis zu 20 groschen je kilogramm.

1714